

GROSSER RAT

GR.25.365

VORSTOSS

Interpellation der EVP-Fraktion (Sprecher Uriel Seibert, Schöffland) vom 2. Dezember 2025 betreffend Ehen, Partnerschaften und Paare stärken

Text und Begründung:

Stabile Paarbeziehungen sind für unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unser Land von grossem Nutzen. Wenn es hingegen Paaren schlecht geht, hat das weitreichende negative Folgen. Laut dem Bundesamt für Statistik (BFS) (2021) hat die familiäre Situation direkten Einfluss auf die finanzielle Lage der Haushalte. Trennungen erhöhen das Armutsrisiko substantiell. Bei alleinerziehenden Müttern erhöhen sich die Armutsquote und mit Stress verbundene Gesundheitsprobleme stark, was wiederum zu einer Belastung der Sozial- und Gesundheitsversicherungen führen kann.

Weiter vermindern gesunde Paarbeziehungen das Risiko von häuslicher Gewalt, das jährlich leider weiterhin zur Registrierung von ca. 20'000 Straftaten führt – und zur Hälfte der in der Schweiz verübten Tötungsdelikte (BFS – 2023). Auch das Wohlergehen der Kinder hängt unter anderem mit der Beziehungsqualität und der Konfliktfähigkeit der Eltern zusammen. Abschliessend sei darauf hingewiesen, dass Trennungen zu einem erhöhten Bedarf an Wohnraum führen können.

Wir bitten den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat den Nutzen von Begleit-, Beratungs- und Bildungsangeboten für Paare in Bezug auf die folgenden Bereiche:
 - a. die finanzielle Situation der Haushalte
 - b. die Armutsbekämpfung und die Auswirkungen auf die Sozialhilfekosten
 - c. das gesundheitliche Risiko
 - d. die häusliche Gewalt
 - e. das Wohl der Kinder
 - f. den Wohnungsmarkt?
2. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die bestehenden Angebote im Bereich der Paar- und Beziehungsunterstützung ausreichend bekannt sowie in genügender Anzahl vorhanden sind, um dem bestehenden Bedarf gerecht zu werden? Welche konkreten Massnahmen ergreift der Regierungsrat bereits oder welche zusätzlichen Schritte zieht er in Betracht, um diese Angebote breiter bekannt zu machen und gegebenenfalls auszubauen?
3. Wie werden diese Angebote finanziert und welchen Anteil trägt die öffentliche Hand daran?